

Inhalt, Nr. 45/2025
<ul style="list-style-type: none">• Öffentliche Bekanntmachung• Vollzug der Baugesetze• Haushaltssatzung des Schulverbandes Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn• 26. Änderung des Regionalplans München

Öffentliche Bekanntmachung

Nr. 2696 / Öffentliche Zustellung eines Bescheides an: Die Firma RGT Global Europe s.r.o, Velk okruzna 17, 01001 Zilina, Slowakei

AdBlue Abgasmanipulation bei dem Kleintransporter, Renault, Master mit dem Kennzeichen AA891DC (SK)

Das Landratsamt München gibt bekannt, dass der Bescheid des Landratsamtes München vom 30.09.2025, Az.: BY8572-501579-25/0, betreffend „Verstoß gegen das Bundes-Immissionschutzgesetz (BImSchG), AdBlue Abgasmanipulation“, adressiert an die Firma RGT Global Europe s.r.o, Velk okruzna 17, 01001 Zilina, Slowakei beim Landratsamt München, Zulassungsstelle Grasbrunn, Bretonischer Ring 1, 85630 Grasbrunn-Neukeferloh, während der allgemeinen Dienstzeiten eingesehen werden kann.

Diese Bekanntmachung stellt eine öffentliche Zustellung im Sinne des Art. 15 Abs. 2 Bayer. Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetzes dar.

Durch diese öffentliche Zustellung können Fristen in Gang gesetzt werden, nach deren Ablauf Rechtsverluste drohen können.

Landratsamt München
-Zulassungsbehörde
Bretonischer Ring 1
85630 Grasbrunn-Neukeferloh

Grasbrunn, 11.12.2025
Frau Härtwig

Vollzug der Baugesetze

Nr. 2697 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)

Vorbescheid vom 09.12.2025

Vorhaben: Neubau einer Wohnanlage mit Tiefgarage

Grundstück: Gemarkung Aschheim Fl.Nr. 415/2

Bauort: 85609 Aschheim, Münchner Straße

1. Mit Vorbescheid des Landratsamtes München vom 09.12.2025, Nr. 4.1-0063/25/VB wurde die bauplanungsrechtliche Genehmigung für das Vorhaben „Neubau einer Wohnanlage mit Tiefgarage“ auf dem Grundstück der Gemarkung Aschheim Fl.Nr. 415/2 in 85609 Aschheim, Münchner Straße erteilt.

2. Der Vorbescheid enthält Befreiungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.

3. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Vorbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

4. Der Vorbescheid war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 415/1, 415/1, 418/1, 415/6, 415, Gemarkung Aschheim zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art. 71 Satz 4 i.V.m. Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO).

5. Da im vorliegenden Vorbescheidsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 415/1 ,415/1, 418/1, 415/6, 415 der Gemarkung Aschheim) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Vorbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

6. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

7. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

8. Der Vorbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemeinde Aschheim, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.33, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

Nr. 2698 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)

Baugenehmigung vom 08.12.2025

Vorhaben: Neubau eines Mehrfamilienhauses (20 Wohneinheiten) mit Tiefgarage

Grundstück: Gemarkung Garching b. München Fl.Nr. 1124/20

Bauort: 85748 Garching bei München, Wasserturmstraße 3-5

1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 08.12.2025, Nr. 4.1-0564/25/V wurde die bauaufsichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Neubau eines Mehrfamilienhauses (20 Wohneinheiten) mit Tiefgarage“ auf dem Grundstück der Gemarkung Garching b. München Fl.Nr. 1124/20 in 85748 Garching bei München, Wasserturmstraße 3-5 erteilt.

2. Die Baugenehmigung enthält Befreiungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.

3. Die Baugenehmigung enthält Abweichungen, die unter Ziffer 3 des Bescheides festgesetzt sind.

4. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestimmungen, die unter Ziffer 4 des Bescheides festgesetzt sind.

5. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

6. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) des Eigentümers des Grundstückes mit der Fl.Nr. 1101, 1101/2, 1101/4, 1124/1, 1124/26 der Gemarkung Garching zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO).

7. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 1101,1101/2, 1101/4, 1124/1, 1124/26 Gemarkung Garching) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

8. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

9. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem

Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

10. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Stadt Garching b. München, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.46, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

Nr. 2699 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)

Baugenehmigung vom 04.12.2025

Vorhaben: Wohnraumerweiterung im EG und OG, sowie Einbau einer Dachgaube und drei Dachfenster

Grundstück: Gemarkung Unterhaching, Fl.Nr. 1685/6

Bauort: 85521 Ottobrunn, Nimrodstr. 4a

1. Mit Bescheid des Landratsamtes München vom 04.12.2025, Nr. 4.1-0575/25/V wurde die bauaufsichtliche Genehmigung für das Vorhaben „Wohnraumerweiterung im EG und OG, sowie Einbau einer Dachgaube und drei Dachfenster“ auf dem Grundstück der Gemarkung Unterhaching Fl.Nr. 1685/6 in 85521 Ottobrunn, Nimrodstr. 4a erteilt.

2. Die Baugenehmigung enthält Befreiungen, die unter Ziffer 2 des Bescheides festgesetzt sind.

3. Die Baugenehmigung enthält Nebenbestimmungen, die unter Ziffer 3 des Bescheides festgesetzt sind.

4. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Baugenehmigungsbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

5. Die bauaufsichtliche Genehmigung war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) der Eigentümer der Grundstücke mit den Fl.Nrn. 1685/38, 1684/32, 1684/3 und 1686 der Gemarkung Unterhaching zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO).

6. Da im vorliegenden Baugenehmigungsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 1685/6, 1685/38, 1684/3, 1684/32, 1686 der Gemarkung Unterhaching) beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Baugenehmigungsbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

7. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

8. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München er-

hoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Freistaat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

9. Der Baugenehmigungsbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemeinde Ottobrunn, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.33a, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

Nr. 2700 / Öffentliche Bekanntmachung gem. Art. 66 Abs.2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung -BayBO-i.d.F. der Bekanntmachung vom 14.08.2007 (GVBl S. 588, BayRS 2132-1-I)

Vorbescheid vom 04.12.2025

Vorhaben: Neubau Doppelhaus mit Garagen

Grundstück: Gemarkung Grünwald Fl.Nr. 213/7

Bauort: 82031 Grünwald Kr. München, Alpstizstraße 1

1. Mit Vorbescheid des Landratsamtes München vom 04.12.2025, Nr. 4.1-0097/25/VB wurde die bauplanungsrechtliche Genehmigung für das Vorhaben „Neubau Doppelhaus mit Garagen“ auf dem Grundstück der Gemarkung Grünwald Fl.Nr. 213/7 in 82031 Grünwald Kr. München, Alpstizstraße 1 erteilt.

2. Hat ein Nachbar nicht zugestimmt oder wird seinen Einwendungen nicht entsprochen, so ist ihm eine Ausfertigung des Vorbescheides zuzustellen (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

3. Der Vorbescheid war trotz fehlender Zustimmung (gem. Angaben des Bauherrn im Antragsformular) des Eigentümers des Grundstückes mit der Fl.Nr. 213/8, 213/17, 213/23 der Gemarkung Grünwald zu erteilen, da öffentlich-rechtlich zu schützende nachbarliche Belange durch das Bauvorhaben nicht verletzt werden (Art. 71 Satz 4 i.V.m. Art.66 Abs.1 Satz 4 BayBO).

4. Da im vorliegenden Vorbescheidsverfahren über 20 Nachbarn (Fl.Nrn. 213/8, 213/17, 213/23 der Gemarkung Grünwald beteiligt sind, die dem Bauvorhaben nicht zugestimmt haben, wird die Zustellung des Vorbescheides durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt (Art. 66 Abs. 2 Satz 4 bis 6 Bayer. Bauordnung).

5. Die Zustellung gilt mit dem Tag der Bekanntmachung als bewirkt.

6. Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Klage bei dem Bayerischen Verwaltungsgericht in München erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

- Anschrift Bayerisches Verwaltungsgericht München
Postfachanschrift: Postfach 200543, 80005 München
Hausanschrift: Bayerstraße 30, 80335 München

- Die Klage muss den Kläger, den Beklagten (Frei-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung

staat Bayern) und den Gegenstand des Klagebegehrens bezeichnen und soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben, der angefochtene Bescheid soll in Urschrift oder in Abschrift beigelegt werden. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Abschriften für die übrigen Beteiligten beigelegt werden.

- Die Anfechtungsklage eines Dritten gegen die bauaufsichtliche Genehmigung eines Vorhabens hat keine aufschiebende Wirkung. Sofern mit diesem Bescheid auch eine Gestattung nach den wasserrechtlichen Vorschriften erteilt wird, gilt dies nicht für die wasserrechtliche Genehmigung bzw. Erlaubnis.

- Durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung vom 22.06.2007 (GVBl S. 390) wurde das Widerspruchsverfahren im Bereich des Baurechts abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen.

- Kraft Bundesrechts ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht seit 01.07.2004 grundsätzlich ein Gebührenvorschuss zu entrichten.

7. Der Vorbescheid sowie die genehmigten Unterlagen können bei der Gemeinde Grünwald, Bauamt, oder beim Landratsamt München, Zimmer F 1.42, Frankenthaler Str. 5-9, 81539 München, eingesehen werden.

Haushaltssatzung des Schulverbandes Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn

Nr. 2701 / Haushaltssatzung des Schulverbands Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn (Landkreis München) für das Haushaltsjahr 2026

I.

Aufgrund des Art. 9 Abs. 9 Bayerisches Schulfinanzierungsgesetz (BaySchFG) und Art. 40 Abs. 1 des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (KommZG) i. V. m. Art. 63 ff. der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) erlässt der Schulverband Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn folgende Haushaltssatzung:

§ 1

Der als Anlage beigelegte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2026 wird hiermit festgesetzt; er schließt

im Verwaltungshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 912.450 €

und

im Vermögenshaushalt in den Einnahmen und Ausgaben mit 1.215.900 €

ab.

§ 2

Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sind nicht vorge- sehen.

§ 3

Verpflichtungsermächtigungen im Vermögens- haushalt werden nicht festgesetzt.

§ 4

Von den Verbandsmitgliedern werden zum Ausgleich des nicht gedeckten Bedarfs für das Haushaltsjahr 2026 Umlagen erhoben.

A) Verwaltungshaushalt

Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben im Ver- waltungshaushalt (ohne Jugendsozialarbeit und Zinsleistungen) wird auf insgesamt 725.400 € festgesetzt.

Er wird gem. Art. 9 Abs. 7 BaySchFG auf die be- teiligten Gemeinden nach der festgestellten Zahl der Verbandsschüler, die die Schule zum Stich- tag 01.10.2025 besuchten, berechnet und per Quote umgelegt.

Gemeinde Hohenbrunn	87.900,-- €
Gemeinde Neubiberg	163.300,-- €
Gemeinde Ottobrunn	372.100,-- €
Gemeinde Putzbrunn	102.100,-- €
Summe:	725.400,-- €

Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung der Jugendsozialarbeit

im Verwaltungshaushalt wird auf insgesamt 97.000 € festgesetzt.

Er wird gem. Art. 9 Abs. 7 BaySchFG auf die be- teiligten Gemeinden nach der festgestellten Zahl der Verbandsschüler, die die Schule zum Stich- tag 01.10.2025 besuchten, berechnet und per Quote umgelegt.

Gemeinde Hohenbrunn	11.800,-- €
Gemeinde Neubiberg	21.800,-- €
Gemeinde Ottobrunn	49.800,-- €
Gemeinde Putzbrunn	13.600,-- €
Gesamt:	97.000,-- €

B) Vermögenshaushalt

Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung der Investitionskosten für den Schulneubau inkl. Abbruchkosten Altbau wird auf insgesamt 30.000 € festgesetzt.

Gem. § 11 Abs. 1 der Verbandssatzung wird die- ser wie folgt auf die Verbandsmitglieder umge- legt:

Gemeinde Hohenbrunn	3.600,-- €
Gemeinde Neubiberg	6.800,-- €
Gemeinde Ottobrunn	15.400,-- €
Gemeinde Putzbrunn	4.200,-- €
Gesamt:	30.000,-- €

Der durch sonstige Einnahmen nicht gedeckte Bedarf zur Finanzierung von Ausgaben für die Anschaffung von beweglichem Vermögen wird auf insgesamt 110.000 € festgesetzt.

Gem. § 11 Abs. 1 der Verbandssatzung wird die- ser wie folgt auf die Verbandsmitglieder umge- legt:

Gemeinde Hohenbrunn	13.300,-- €
Gemeinde Neubiberg	24.800,-- €
Gemeinde Ottobrunn	56.400,-- €
Gemeinde Putzbrunn	15.500,-- €
Gesamt:	110.000,-- €

C) Kreditumlagen

Als zusätzliche Umlagen werden festgesetzt:

Für die Finanzierung der Investitionskosten- anteile der Verbandsgemeinden Hohenbrunn, Neubiberg, Ottobrunn und Putzbrunn wurden 2016 Darlehen in Höhe von insg. 2.000.000,- € aufgenommen. Die Zins- und Tilgungszahlungen hierfür tragen alle vier Verbandsgemeinden.

Gemeinde	Zinsen	Tilgung	Gesamt
Hohenbrunn	1.987,78 €	12.142,03 €	14.129,81 €
Neubiberg	2.268,26 €	13.610,82 €	15.879,08 €
Ottobrunn	8.739,96 €	52.814,57 €	61.554,53 €
Putzbrunn	3.484,75 €	21.251,83 €	24.736,58 €
Summe	16.480,75 €	99.819,25 €	116.300,00 €

Für die Finanzierung der Investitionskosten- anteile aller vier Verbandsgemeinden wurde im Jahr 2017 ein Darlehen in Höhe von 6.000.000 € aufgenommen. Die Tilgungszahlun- gen hierfür tragen alle vier Verbandsgemeinden:

Gemeinde	Tilgung
Hohenbrunn	40.604,18 €
Neubiberg	51.015,50 €
Ottobrunn	189.486,16 €
Putzbrunn	71.838,16 €
Summe	352.944,00 €

Für die Finanzierung der Investitionskosten- anteile der Verbandsgemeinden Hohenbrunn, Neubiberg, Ottobrunn und Putzbrunn wurden im Jahr 2018 Darlehen in Höhe von insgesamt 6.851.000 € aufgenommen. Die Zins- und Til- gungszahlungen hierfür tragen alle vier Ver- bandsgemeinden.

Gemeinde	Zinsen	Tilgung	Gesamt
Hohenbrunn	1.520,82 €	50.800,56 €	52.321,38 €
Neubiberg	1.186,25 €	39.624,43 €	40.810,68 €
Ottobrunn	5.687,89 €	189.994,09 €	195.681,98 €
Putzbrunn	2.494,15 €	83.312,92 €	85.807,07 €
Summe	10.889,11 €	363.732,00 €	374.621,11 €

Für die Finanzierung der Investitionskosten- anteile der Verbandsgemeinden Hohenbrunn, Neubiberg, Ottobrunn und Putzbrunn wurden im Jahr 2019 Darlehen in Höhe von insgesamt 3.892.000 € aufgenommen. Die Zins- und Til- gungszahlungen hierfür tragen alle vier Ver- bandsgemeinden.

Gemeinde	Zinsen	Tilgung	Gesamt
Hohenbrunn	2.916,51 €	37.887,31 €	40.803,82 €
Neubiberg	1.927,86 €	25.044,15 €	26.972,01 €
Ottobrunn	9.886,48 €	128.431,52 €	138.318,00 €
Putzbrunn	3.311,97 €	43.024,56 €	46.336,53 €
Summe	18.042,82 €	234.387,54 €	252.430,36 €

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite zur recht- zeitigen Leistung von Ausgaben nach dem Haus- haltsplan wird auf 100.000,- € festgesetzt.

§ 6

Weitere Festsetzungen werden nicht getroffen. Die Haushaltssatzung tritt mit dem 1. Januar 2026 in Kraft.

Schulverband Carl-Steinmeier-Mittelschule Hohenbrunn, 11.12.2025

Dr. Stefan Straßmair
Verbandsvorsitzende

II.

Das Landratsamt München hat mit Schreiben vom 10.12.2025, Az.: 4.3.1/2025/941/14/32180 den Haushalt 2026 rechtsaufsichtlich gewür- digt. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2026 enthält keine nach Art. 67 oder 71 GO ge- nehmigungspflichtigen Bestandteile.

III.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2026 liegen gem. Art. 40 KommZG i.V.m. Art. 65 Abs. 3 GO ab dem Tage der Bekanntmachung eine Woche lang während der allgemeinen Ge- schäftszeiten in der Gemeinde Hohenbrunn,

1. Stock, Zimmer 107, Pfarrer-Wenk-Platz 1 in 85662 Hohenbrunn zur Einsichtnahme aus.

26. Änderung des Regionalplans München

Nr. 2702 / Bekanntmachung über die Ausle- gung des Fortschreibungsentwurfs zur 26. Änderung des Regionalplans München, Än- derung Kapitel B IV 7 Energieerzeugung mit Neufassung Teilkapitel B IV 7.2 Windenergie – Beteiligungsverfahren gem. Art. 16 des Bay- erischen Landesplanungsgesetzes (BayLplG)

Der Planungsausschuss des Regionalen Pla- nungsverbands München hat in seiner Sitzung am 02. Dezember 2025 die Einleitung eines zwei- ten Beteiligungsverfahrens zur 26. Änderung des Regionalplans München zur Änderung Kapitel B I V 7 Energieerzeugung mit Neufassung Teilkapitel B IV 7.2 Windenergie beschlossen.

Diese Fortschreibung dient der Anpassung des Regionalplans München an Festlegungen des

Landesentwicklungsprogramms Bayern in der am 01. Juni 2023 in Kraft getretenen Fassung. Sie beinhaltet die Änderung des Kapitels B IV 7 Ener- gieerzeugung mit einer Neugliederung und An- passung der Begründung dieses Kapitels sowie insbesondere die Neufassung des Teilkapitels B IV 7.2 Windenergie.

Die zugehörigen Verfahrensunterlagen sind spä- testens ab dem 07. Januar 2026 in das Internet eingestellt. Der Fortschreibungsentwurf für die 26. Änderung des Regionalplans München (RP 14) kann unter folgenden Links heruntergeladen werden:

- auf der Homepage des Regionalen Planungs- verbands München:
<https://www.region-muenchen.com/verfahren>

- auf der Homepage der Regierung von Oberbayern: [https://www.regierung.oberbayern.bayern. de/service/raumordnung_landes_regionalpla- nung/regionalplanung/muenchen/index.html](https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/service/raumordnung_landes_regionalpla- nung/regionalplanung/muenchen/index.html) bei „Laufende Fortschreibungen des Regional- plans München (14)“

Gemäß Art. 16 Absatz 1 BayLplG sind zu betei- ligen:

- die öffentlichen Stellen und in Art. 3 Abs. 1 Satz 2 genannten Personen des Privatrechts, für die eine Beachtungspflicht begründet werden soll,
- die in Art. 15 Abs. 3 genannten Behörden,
- die nach Naturschutzrecht im Freistaat Bayern anerkannten Vereine, soweit sie in ihrem sat- zungsgemäßen Aufgabenbereich berührt sind,
- die betroffenen Wirtschafts- (mit Land- und Forstwirtschafts-) und Sozialverbände und
- die Öffentlichkeit.

Zu diesem Zweck liegt der Entwurf der 26. Än- derung des Regionalplans München – zusätz- lich zu der Veröffentlichung im Internet – in der Zeit vom 07. Januar 2026 bis zum 08. Februar 2026 während der für den Parteiverkehr festgelegten Zeiten zur Einsicht für jedermann bei der Regie- rung von Oberbayern (höhere Landesplanungs- behörde, Zimmer 5418, Maximilianstraße 39, 80538 München), sowie der Landeshauptstadt München und den Landratsämtern der Planungs- region München öffentlich aus.

Im Landratsamt München, Mariahilfplatz 17, 81541 München liegen die Unterlagen im Raum N 0.14, bei Herrn Hans-Martin Weißbrodt, im Zeit- raum vom 7. Januar bis 8. Februar täglich zwi- schen 8 Uhr und 15 Uhr aus. Freitags sind die Unterlagen nur bis 13 Uhr einsehbar.

Gegenstand des zweiten Beteiligungsverfahrens sind die Änderungen, die sich nach der Durchfüh- rung des ersten Beteiligungsverfahrens (07. Janu- ar bis 31. März 2025) ergeben haben. Gemäß Art. 16. Abs. 6 Satz 3 BayLplG können Stellungnah- men nur zu den Änderungen abgegeben werden. Bitte beziehen Sie Ihre Stellungnahme daher aus- schließlich auf die im Vergleich zum ersten Betei- ligungsverfahren vorgenommenen Änderungen.

Bis zum Ablauf der Beteiligungsfrist am 08.02.2026 besteht Gelegenheit, sich schrift- lich oder elektronisch zu dem o. a. Fort- schreibungsentwurf gegenüber dem RegionalenPlanungsverbandMünchen,Geschäfts- stelle, Arnulfstraße 60, 80335 München, E-Mail: rpv-m@pv-muenchen.de zu äußern.

Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist sind alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf be- sonderen privatrechtlichen Titeln beruhen (Art. 16 Abs. 2 Satz 4 i.V.m. Abs. 3 Satz 3 BayLplG). Einwendungen der Umwelt- und Naturschutzver- einigungen sind nach Ablauf dieser Frist ebenfalls



Fortsetzung

ausgeschlossen.

Die in diesem Beteiligungsverfahren angegebenen personenbezogenen Daten werden ent-

sprechend der Datenschutzerklärung des Regionalen Planungsverbands München verarbeitet (<https://www.region-muenchen.com/daten-schutzerklaerung>)

Rechtsansprüche werden gemäß Art. 16 Abs. 1 Satz

3 BayLpLG durch die Beteiligung nicht begründet.

München, 13. Dezember
Landratsamt München

Christoph Göbel
Landrat

Ihr Landratsamt im Internet

www.landkreis-muenchen.de